

Aargauer Zeitung

Freitag, 19. September 2025

S. 2-3

«Wir haben Aussergewöhnliches zugestanden»

Andreas Künne, der neue EU-Botschafter, spricht in seinem ersten Interview über direkte Demokratie und Alternativen zur Personenfreizügigkeit. Zudem beantwortet er die Frage: Tell oder Gessler?

Stefan Bühler



Wer in der Schweiz den Posten des EU-Botschafters antritt, wird hierzulande quasi über Nacht zur öffentlichen Person. Manche stehen gerne im Rampenlicht, wie einst der Österreicher Michael Reiterer. Andere bleiben während ihrer Zeit in Bern unauffällig, etwa der Brite Richard Jones. Am Donnerstag hat nun Andreas Künne sein Beglaubigungsschreiben an Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter übergeben.

Der deutsche Karrierediplomat folgt auf den Griechen Petros Mavromichalis. Angekommen in Bern ist er im August. Anfang Woche hat er diese Zeitung in seinem Büro in Bern zum Interview eingeladen.

Herr Botschafter, was ist Ihnen als Erstes aufgefallen hier in Bern?

Andreas Künne: Wie freundlich die Menschen sind, wie kurz die Wege sind, wie schön die Landschaft ist, die hohe Lebensqualität. Ich freue mich auf die vier Jahre hier.

Kurze Wege – man könnte auch sagen: Bern ist klein. Wollten Sie oder mussten Sie hierherkommen?

Ich habe mir das gewünscht – aber es gibt keinen Automatismus. Ich habe mich beworben und freue mich, dass ich diese Aufgabe übernehmen darf.

Aus Sicht eines europäischen Diplomaten kann ich mir allerdings vorstellen, dass es viel entspanntere Posten gibt als die Schweiz. Was reizt Sie an der Aufgabe?

Neben der Landschaft und den netten Menschen ist es, dass es eine hoch spannende Zeit ist für die Beziehung zwischen der EU und der Schweiz.

Wie gut kennen Sie die Schweiz?

Ich war schon des Öfteren hier, in Zürich, in Genf, in Luzern vor allem. Aber ich kenne sie nicht annähernd gut genug.

Manche Ihrer Vorgänger machten es sich zum Programm, jeden Kanton zu besuchen. Haben Sie entsprechende Vorsätze?

Natürlich möchte ich möglichst viele Kantone sehen. Für offizielle Besuche gibt es aber Regeln, so darf ich nur vier Kantone pro Jahr offiziell besuchen. Und als guter Europäer halte ich mich an die Regeln. Sonstige Reisen in alle Regionen der Schweiz sind aber jederzeit möglich – und auch geplant.

Erzählen Sie bitte von sich, wer sind Sie?

Ich bin ein Mensch, der vor allem von Neugierde gekennzeichnet ist. Ich bin schon als Kind sehr häufig umgezogen, habe alle paar Jahre neue Menschen, neue Leute, neue Umgebungen kennenlernen dürfen. Mein Vater arbeitete bei einem grossen deutschen Konzern an verschiedenen Orten. Ich glaube, das hat mich sehr geprägt. Ansonsten lese ich viel, höre Musik, gehe oft in die Oper.

Welches Buch liegt im Moment auf dem Nachttisch?

Da liegen ganz viele Schweizer Bücher, auch über die Geschichte und was die Schweiz zusammenhält. Aber ich werde jetzt keinen Titel nennen.

«Durcheinandertal von Dürrenmatt vielleicht?

Nein, Dürrenmatt habe ich schon in der Schule gelesen.

Schillers Wilhelm Tell haben Sie womöglich auch in der Schule gelesen. Welche Rolle würde Ihnen gefallen: der rebellische Tell oder Gessler, der Statthalter?

Weder noch. Ich sehe mich als Botschafter. Das bin ich aus Berufung und als Beruf. Natürlich habe ich grösste Sympathien für freiheitsliebende Menschen, die für ihre Überzeugung eintreten. Auch deswegen bin ich ein grosser Unterstützer der Ukraine. Als Botschafter geht es um Dialog, um das Erleichtern der Zusammenarbeit. Ein Botschafter ist immer auch eine Art Dolmetscher, der in beide Richtungen erklären sollte, was die jeweils andere Seite umtreibt. Das ist mein Job.

Wovor hat man Sie gewarnt, bevor Sie in die Schweiz gekommen sind?

Gewarnt hat man mich vor nichts. Man hat mir selbstverständlich gesagt, dass in der Schweiz manche Dinge anders sind als andernorts, und dass ich darauf besonders achten sollte.

Worauf müssen Sie besonders achten?

Grundsätzlich gehen wir von denselben Werten aus. Die Schweiz ist ein westliches Land, mit dem wir demokratische, freiheitliche Werte teilen. Das Besondere an der Schweiz ist sicher die direkte Demokratie, das föderale System. Allerdings ist auch die Europäische Union ein föderales Gebilde. Und auch meine beiden Heimatländer, Deutschland und Österreich, haben starke föderale Elemente.

Der grosse Unterschied ist also die direkte Demokratie. Was halten Sie von der direkten Demokratie?

Ich habe grossen Respekt davor, wie stabil und verlässlich sich die Schweiz entwickelt hat. Die direkte Demokratie ist integraler Teil der Schweizer Bundesverfassung. Dazu gehören natürlich kontroverse Debatten, das ist ein Kernelement aller Demokratien. Ich bin gespannt darauf, das aus der Nähe zu sehen.

In Deutschland, Ihrer Heimat, ist die direkte Demokratie umstritten. Dort ist es die teilweise rechts-extreme AfD, die mehr direkte Demokratie fordert. Wie beeinflusst das Ihre Sicht auf die direkte Demokratie in der Schweiz?

Ich sage es jetzt und ich muss es vielleicht noch mehrmals sagen: Ich bin Botschafter der Europäischen Union, nicht meines Herkunftslandes. Ich glaube, dass die direkte Demokratie Übung braucht. Und die ist in der Schweiz ganz offensichtlich da.

Dort, wo sie nicht schon besteht, kann man also die direkte Demokratie nicht einführen?

Das sind grundsätzliche politikwissenschaftliche Fragen, die, so glaube ich, niemand allgemeingültig beantworten kann. Ich sehe, dass dort, wo Referenden durchgeführt werden und es kaum direktdemokratische Erfahrung gibt, die Kampagnen sehr, sehr schwierig sind. Das haben wir in den letzten Jahrzehnten in Europa und auch woanders beobachtet. Ich glaube, dass der Weg der schweizerischen direkten Demokratie ein einzigartiger ist, auf den wir mit grosser Achtung und auch Bewunderung schauen.

Im Frühjahr wird der Bundesrat das Vertragspaket der Bilateralen III ans Parlament übergeben. Dann beginnt der innenpolitische Prozess, der schliesslich in eine Volksabstimmung münden wird. Wie sehen Sie Ihre Rolle: Sind Sie als Abstimmungskämpfer hier?

Sicher nicht. Als Botschafter mische ich mich grundsätzlich nicht in Abstimmungskämpfe ein und erst recht nicht in Kampagnen. Wenn ich gefragt werden sollte, dann werde ich natürlich gerne sachlich informieren und auch mit den interessierten Akteuren sprechen. Wenn es aber um Pro und Kontra geht im Abstimmungskampf, liegt das in der Verantwortung der politischen Kräfte in der Schweiz.

In der Schweiz fürchten nicht nur Kritiker der EU, dass mit den neuen institutionellen Regeln in den bilateralen Verträgen die direkte Demokratie eingeschränkt wird, wegen der Ausgleichs-massnahmen: Wenn die Bevölkerung neues EU-Recht in einer Abstimmung nicht über-nehmen will, gibt es von Brüssel eins auf die Finger. Haben Sie Verständnis für diese Sichtweise?

Ihre Formulierung halte ich für verfehlt. Es zeichnet die Europäische Union aus, dass wir zuhören und unsere Partner respektieren. Das gilt ganz besonders für die Schweiz: Wir haben grossen Respekt für die direkte Demokratie. Deshalb haben wir der Schweiz in den neuen Verträgen etwas völlig Aussergewöhnliches zugestanden, das nicht einmal die EWR-Staaten haben: Die Schweiz erhält die Möglichkeit, eine neue EU-Binnenmarktregel auch abzulehnen. Darüber hinaus kann die Schweiz bei der Entwicklung neuer Rechtserlasse der EU, von denen sie betroffen ist, teilnehmen. Sie sitzt also mit am Tisch – und das als Nicht-Mitglied.

Trotzdem: Lehnt das Volk eine neue Bestimmung ab, riskiert es Ausgleichsmassnahmen der EU.

Wie gesagt: Einer solchen Abstimmung geht ein langer Prozess voraus, an dem die Schweiz beteiligt ist. Wenn das Schweizer Stimmvolk dann trotzdem eine neue Regel ablehnen sollte, dann ist es logisch, dass es Ausgleichsmassnahmen gibt. Das ist ein bisschen wie beim Sport: Wenn ein Team eine Ausnahme von den Regeln erhält, dann braucht es für das andere Team eine Art Ausgleich. Das ist keine Einschränkung, sondern eine Erweiterung der Wahlfreiheit. Die Alternative wäre, dass das erste Team gar nicht mitspielen darf.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Personenfreizügigkeit. In den neuen Verträgen gesteht die EU der Schweiz eine Schutzklausel zu, um die Zuwanderung notfalls zu bremsen. Der Bundesrat beab-sichtigt, diese mit einem eigenen Gesetz umzusetzen. Zugleich ist eine Initiative hängig, die auf die Kündigung der Personenfreizügigkeit hinauslaufen könnte. Wie verfolgen Sie diese Diskussionen?

Natürlich beobachten wir die Diskussion aufmerksam. Aber wir müssen differenzieren: Über die Personenfreizügigkeit kommen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger hierher, weil Schweizer Unternehmen Arbeitskräfte brauchen. Insofern ist die Zuwanderung ein Motor des Schweizer Wohlstands. Die Alternativen zur Personenfreizügigkeit wären wahrscheinlich, die Wochenarbeitszeit und das Rentenalter zu erhöhen. Oder dass Schweizer Firmen vermehrt im Ausland investieren. Daneben gibt es die illegale Migration aus Übersee. Das ist ein Problem, das wir auch in der EU haben. Und ich glaube, dass es ein Problem ist, das wir nur gemeinsam lösen können.

Sind die Bilateralen III das alles beherrschende Thema für Sie – oder gibt es noch andere wichtige Dossiers zwischen Bern und Brüssel in nächster Zeit?

Das neue bilaterale Vertragspaket ist sehr wichtig, aber sicher nicht das einzige Thema. Wir haben viele Krisen in unserer Nachbarschaft. Nehmen Sie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, sehen Sie die grösseren, geopolitischen Verschiebungen, dass der Protektionismus wiederkehrt im globalen Handel. Ich glaube, dass das alles die europäischen Demokratien, unabhängig davon, ob sie Mitglieder der EU sind oder nicht, näher zusammen-rücken lässt.

Wie sehen Sie in diesem Kontext die Rolle der neutralen Schweiz mitten in Europa?

Die Schweiz ist ein natürlicher Partner und politischer Verbündeter in Europa. Das sage ich jetzt nicht als Vertreter der EU, sondern als Europäer. Wir haben gemeinsame Interessen, ob es der Welthandel ist, der Klimaschutz oder die Sicherheit und Stabilität Europas. Und es ist in unserem gemeinsamen Interesse, in einem globalen System zusammenzuarbeiten, das auf Regeln basiert.

Ein amerikanischer Botschafter hat einmal gesagt, die Schweiz sei sicherheitspolitisch das Loch im Donut in Europa, weil sie zu wenig macht für die Verteidigung. Teilen Sie seine Einschätzung?

Ich kommentiere Aussagen anderer Diplomaten nicht. In der Sicherheitspolitik ist es aus Sicht der EU das Allerwichtigste, dass wir Europa verteidigen können. Mit Blick auf die Schweiz ist uns insbesondere wichtig, dass die Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Ukraine erfolgreich ist. Und das ist sie bisher mit der Übernahme der Sanktionen, der humanitären Unterstützung der Ukraine, aber auch mit dem Schweizer Angebot, bei der Vermittlung eines gerechten Friedens gute Dienste zu leisten. Donuts esse ich übrigens nicht besonders gerne.

Schweizerinnen und Schweizer bereisen Europa in ihren Ferien von Barcelona bis zum Polarkreis und von Budapest bis Lissabon. Haben Sie uns einen Geheimtipp, von dem nicht alle schon wissen, dass es dort schön ist?

Meine Familie kommt zur Hälfte aus Braunschweig in Niedersachsen und zur anderen Hälfte aus Wien. Wien ist wahrscheinlich kein Geheimtipp mehr, aber Braunschweig möglicherweise schon. Braunschweig ist eine Stadt, die im Kerngebiet des ehemaligen ottonischen Reiches liegt. Sie ist nach dem Krieg sehr schön wieder hergerichtet worden. In der Nähe liegt auch Quedlinburg, eine der schönsten Städte Europas. Das ist wahrscheinlich tatsächlich noch ein Geheimtipp. In Braunschweig möchte ich schliesslich dringend den Besuch des Fussballstadions empfehlen – ich bin nämlich ein Fan von Eintracht Braunschweig.

EU-Botschafter aus Deutschland

Andreas Künne (*1966) absolvierte seine Diplomatenkarriere im Auswärtigen Dienst Deutschlands. Er befasste sich unter anderem mit Sicherheitspolitik. Seine Posten führten ihn etwa nach Südkorea, Südafrika, Litauen oder Brüssel. Er war von 2021 bis 2025 Botschafter Deutschlands in Tschechien. Seit dem 1. September leitet er die Delegation der EU in Bern, seit der Überreichung des Beglaubigungsschreibens ist er offiziell EU-Botschafter in der Schweiz. Künne studierte Geschichte, Amerikanistik und Anglistik. (sbü.)